

dbb nrw
beamtenbund und tarifunion

Wolfgang Römer



Anhörung vor dem
Unterausschuss Personal
des Haushalts- und Finanzausschusses
am 25. November 2003

Vortrag zum
Doppelhaushalt 2004/2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

meine Damen und Herren Abgeordneten!

Anlässlich dieser Anhörung, es ist zwischenzeitlich die siebte zu der ich eingeladen wurde, stellt sich die Frage, was diese Anhörung zum jetzigem Stadium der politischen Diskussion noch bewirkt?

Die Mehrheitsfraktionäre sind ganz offensichtlich in ihrer politischen Marschrichtung festgelegt. Deshalb werde ich **heute** auch keine Detailfragen erörtern wollen.

- Ich spreche deshalb nicht über die drei Drogendealer die im August 2003 in Düsseldorf aus der U-Haft entlassen werden mussten, weil der Prozess nicht eröffnet wurde,
- ich spreche nicht über die Mordverdächtigen aus Münster, die vor geraumer Zeit aus der U-Haft entlassen werden mussten, weil der Prozess nicht eröffnet wurde,
- ich spreche deshalb nicht über Experimente in Rheinland Pfalz, **Heimunterbringung statt U-Haft**, bei dem in der letzten Woche eine Erzieherin ums Lebens kam,
- ich spreche deshalb nicht über die durchschnittliche Verfahrensdauer von ca. 18 – 24 Monaten vor den Verwaltungsgerichten,
- ich spreche deshalb nicht über die technisch nicht ausgereifte Software beim Inso – Verfahren und Arbeitsrückständen von 30 – 40 Tagen,
- ich spreche deshalb nicht über Arbeitsrückstände in den Grundbuchabteilungen von vier bis sieben Wochen,
- ich spreche nicht über das Fachverfahren Judica dessen flächendeckender Einsatz immer noch nicht absehbar ist,
- ich spreche nicht von den 200 – 260 Verfahren bei der StA Düsseldorf die jeder einzelne Amtsanwalt dort im Monat zu bearbeiten hat,
- ich spreche deshalb nicht davon, dass die Staatsanwaltschaft von einer Anklagebehörde zu einer Verfahrens - Einstellungsbehörde mutiert,
- ich spreche deshalb auch nicht von den 17o Selbstmorden seit 1995 in den Haftanstalten des Landes.

Fragen nach Inhalten und nach Aufgabenerfüllung durch die Mitarbeiter der einzelnen Ressorts werden der finanziellen Machbarkeit untergeordnet, **auch dann**, wenn man sehenden Auges sinnvolle Strukturen zerstört, die bislang den Bürgern zugute kamen.

Finanzielle Einschnitte, die es seit Brünings Zeiten nicht mehr gegeben hat, treffen den öffentlichen Dienst insgesamt, aber besonders die Gruppe der Beamten.

Die Demonstration von über 32.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 24. September dieses Jahres vor dem Landtag war eine machtvolle Demonstration der Solidarität aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in NRW, gegen die Beschlüsse der Landesregierung und der sie tragenden Mehrheitsfraktion.

Es war aber auch zum ersten Male der Ausdruck gemeinsamer Solidarität von dbb und DGB in Nordrhein – Westfalen, in einer ganz zentralen Frage, die auch den Tarifbereich treffen soll.

● **Die Botschaft der Beschäftigten lautet:**

Nicht mit uns und nicht auf diese Art und Weise! Ohne uns ist kein Staat zu machen !

Der Strafvollzug und die rechtsprechende Justiz sind enttäuscht von dieser Politik.

Die Demotivation der Beschäftigten, und das in einer Zeit, in der der totale Umbruch im Rahmen von Verwaltungs- und Binnenmodernisierung präferiert wird, wird fatale Auswirkungen mit sich bringen.

Die Beschäftigten werden durch Gehaltskürzungen,
Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit
und Erhöhung der Lebensarbeitszeit
für ihr Engagement bestraft
und dies über Gebühr, **nämlich gleich drei mal**,
im Gegensatz zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

● Die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit mit seiner „**sozialen Staffelung**“ bringt in Schichtdienst leistenden Institutionen nur Probleme, da in Zukunft die Dienstpläne offenbar nach der Altersstruktur der Behörde ausgerichtet werden müssen.

Nach Ansicht des Arbeitszeitforschers Gerhard Bosch (Vizepräsident des Gelsenkirchener Instituts für Arbeit und Technik) „würde eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit gegenwärtig weder das Wachstum stärken noch neue Arbeitsplätze schaffen“.

Gerade in den Bereichen, in denen Hunderttausende bzw. Millionen von Überstunden anfallen, soll der Überstundenberg auf diese radikale Art und Weise

runtergefahren werden und die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit soll dies ermöglichen.

In der Westfälischen Rundschau vom 18. November, anlässlich des SPD-Bundesparteitages in Bochum, ist zu lesen:
Ex-NRW-Verkehrsminister Zöpel warnt vor einer Demontage des Sozialstaats. „Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich ist Lohnraub“, tobte der langjährige NRW-Minister. **Zitat Ende.**

Die Logik von wöchentlicher Mehrarbeit könnte man dann nachvollziehen, wenn **nicht** gleichzeitig durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit **neue kw-Stellen** ausgewiesen würden.

Das heißt, die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit **wird nicht dazu genutzt**, dass tatsächlich mehr gearbeitet werden soll, sondern auch **und vor allem** um ausscheidendes Personal nicht mehr ersetzen zu müssen.

Im Ergebnis soll also letztendlich weniger Personal durch Arbeitsverdichtung und Zuweisung von immer neuen Aufgaben, es werden ja nicht weniger Aufgaben, mehr arbeiten.

Um das nun entstandene personelle Vakuum wieder zu füllen, soll die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre heraufgesetzt werden.

Bei der Diskussion um die Rente mit 67 haben die Politiker, **bis hin zum Bundeskanzler**, lauthals über alle Medien verkündet, „mit uns nicht“!

Einen solchen Einsatz für den Strafvollzug und die Polizei haben wir bislang aus Politikermund **nicht** vernommen.

Nicht umsonst ist die Pensionsgrenze bei Strafvollzug und Polizei, weil wegen der besonderen Härte des Dienstes aus physischen und psychischen Gründen die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr können, **bei 60 Jahren angesetzt worden.**

Die Frage, ob sich an dem physischen und psychischem Zustand etwas geändert hat, ist von der Politik **erst gar nicht gestellt worden**. Es ist eine Unverschämtheit was hier den Beschäftigten zugemutet wird.

Meine Damen und Herren, wenn Innenminister Behrens am 29. September 2003 in der Presse verkünden lässt: „**Längere Lebensarbeitszeit verbessert Innere Sicherheit in NRW**“ muss dies wie Hohn in den Ohren der Beschäftigten klingen. Wie verdreht muss man als Minister eigentlich denken, um solch einen Unfug den Beschäftigten aber auch der Bevölkerung verkaufen zu wollen.

Offenbar hat Herr Behrens seine Redeschlachten mit dem politischen Gegner hier im Parlament zum Anlass genommen, dieses auf den Bereich der Polizei und des Strafvollzuges zu übertragen, und dabei die raue und brutale Wirklichkeit des Polizeidienstes auf den Straßen und des Vollzugsdienstes in den Haftanstalten unseres Landes zu ignorieren.

Und noch eins: Jede bislang ausgezahlte Überstunde, und das sind nicht wenige, hat bei den Betroffenen zu einer **effektiven Erhöhung der Lebensarbeitszeit geführt.** Deshalb sind pauschale Lebensarbeitszeiterhöhungen, wie sie jetzt diskutiert werden, generell abzulehnen. Hier müssen andere, intelligente Arbeitszeitmodelle das Licht der Welt erblicken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.